

BTS-Gegner werben um Bauern

Unter den Bauern sind die Bodensee-Thurthal-Strasse und die Oberlandstrasse umstritten. Der Verband Thurgauer Landwirtschaft will die Parole an einer Mitgliederversammlung fassen – das lässt die Strassengegner auf ein Nein hoffen.

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Jene Gegner der beiden grossen Strassenbauprojekte des Kantons, die gestern den «Thurgauer Bauer» gelesen haben, dürften in Jubel ausgebrochen sein. Der Vorstand des Verbands Thurgauer Landwirtschaft (VTL) kündigt dort an, dass eine Mitgliederversammlung über die Parole zu BTS und OLS entschieden wird – und nicht der Vorstand allein. «Die Mitglieder werden die Strassen mit einem überwältigenden Mehr ablehnen», kommentierte gestern GLP-Politiker und Strassengegner Klemenz Sommi. Der VTL wäre ein wichtiger Verbündeter, zumal bisher nur das links-grüne Lager Front gegen die Strassen macht. «Der VTL ist ein wichtiger Baustein für unseren Erfolg», sagt Sommi.

Sommi hatte mit einem offenen Brief die Ankündigung des VTL-Vorstands provoziert. Der VTL solle sich bei der Parolenfassung von den Interessen der bäuerlichen Basis und nicht von Parteiloyalitäten leiten lassen, forderte Sommi darin – in Anspielung darauf, dass viele Verbandsfunktionäre der SVP von Baudirektor Jakob Stark angehören. Für ein klares Signal sei darum eine Mitgliederversammlung wünschenswert.

Verband war bei T14 neutral

Bei der Abstimmung über das Vorgängerprojekt T14 habe der Vorstand des Bauernverbands noch «den Deckel draufgehalten», sagt Sommi. Der Verband hatte sich damals neutral verhalten. In seiner damaligen Beurteilung hielten sich Sorge über den Verlust von Kulturland und die Erwartung wirtschaftlicher Vorteile durch die neue Strasse die Waage.

Die Verbandsspitze habe sich damals eng an die Industrie- und Handelskammer und den Gewerbeverband angelehnt, sagt Sommi.



Die T14-kritische Basis sei über den Verband verärgert gewesen. Unter dem neuen Präsidenten Markus Hausmann agiere der VTL dagegen souverän.

Hausmann selber hält den Ausgang der Mitgliederversammlung für völlig offen: «In der Bauernschaft hört man beide Seiten.»

Es werde wohl eine harte Auseinandersetzung. Der Vorstand habe sich bisher mit Meinungsäusserungen zurückgehalten. «Wir wollen der Basis nicht vorgehen»,

sagt Hausmann. Das Datum für die Parolenfassung steht noch nicht fest. Eine Empfehlung macht der Vorstand vom Ausgang diverser Regionalversammlungen abhängig. Dort werden von den Strassenprojekten betroffene

Bauern mit Vertretern des Kantons sprechen.

Bauernkomitee gegen OLS

Unter den betroffenen Landwirten brodelt es aber. Derzeit bildet sich zumindest gegen die OLS bereits ein bäuerliches Komitee. Die Gründungsversammlung ist am 20. März, wie der Lengwiler Landwirt und SVP-Gemeinderat Matthias Rutishauser bestätigt. Die Bauern in Lengwil seien von der neuen Strasse direkt betroffen. Sie zerschneiden wertvolles Kulturland, sagt Rutishauser. Dem Komitee gehe es darum, all jene Bauern für den Kulturlandverlust zu sensibilisieren, den die neuen Strassen zur Folge hätten. Rutishauser rechnet mit Sympathien im Bauernstand.

Volk soll über BTS und OLS abstimmen

Nächsten Mittwoch entscheidet der Grosse Rat darüber, ob die geplante Bodensee-Thurthalstrasse und die Oberlandstrasse ins Kantonsstrassennetz aufgenommen werden. Dieser Netzbeschluss ist Voraussetzung für den Bau der

Strassen. Die Raumplanungskommission des Grossen Rats empfiehlt dem Grossen Rat mit 9 zu 3 Stimmen, die Vorlage zu genehmigen. Einstimmig beantragt die Kommission dem Parlament aber, den Netzbeschluss von sich aus der Volksabstimmung zu unter-

stellen. Das geht aus ihrem gestern veröffentlichten Bericht hervor. Eine Volksabstimmung hält die Kommission für angezeigt, weil es schon zum T14-Projekt eine Abstimmung gegeben hat und auch heute keine Einigkeit bestehe. (wid)

Thurgauer Energieapéro zur Energiewende

WEINFELDEN. Die Schweiz macht sich auf den Weg in eine Zukunft ohne Kernenergie. Was bedeutet das für den Kanton Thurgau? Wie steht es mit der Versorgungssicherheit? Dies sind Fragen, die am Thurgauer Energieapéro vom Donnerstag, 29. März, ab 17.15 Uhr im Thurgauerhof Weinfelden, erörtert werden.

Nach dem Reaktorunglück in Fukushima hat auch der Thurgauer Regierungsrat den Ersatz der Kernenergie als neues energiepolitisches Ziel formuliert. Am Energieapéro zeigt Regierungsrat Kaspar Schläpfer auf, welches Potenzial im Kanton vorhanden ist, Strom einzusparen oder durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Zudem erläutert er die Chancen einer kernenergiefreien Versorgung für die Thurgauer Volkswirtschaft. Der Grosse Rat hat den Regierungsrat beauftragt, die Strategie sowie konkrete Massnahmen für einen kernenergiefreien Thurgauer Strommix in einem Konzept vorzulegen.

Ferner werden sich am Energieapéro ausgewählte Fachverbände mit Berührungspunkten zur Energie aus der Baubranche vorstellen. Bei der anschliessenden Tischmesse können die Themen vertieft werden. (id/red.)

Anmeldung erwünscht:
Telefon 052 7242426 oder
www.energieagenda.ch



Für eine weitere Amtsdauer bestätigt: Michael Schmid, Irma Zwahlen, Louis Okle und Werner Flückiger.

Mitgliederzuwachs beim Camping-Club des TCS

Der Camping-Club des TCS Thurgau hat 2011 einen Zuwachs erhalten und zählt nun 579 Mitglieder. Der Vorstand wurde bestätigt.

WERNER LENZIN

PFYN. Der Gemeinschaftsgedanke und das ungezwungene Beisammensein bildeten die zentralen Punkte an der 56. Generalversammlung des TCS Camping-Club Thurgau in der «Krone» Pfyn. Die Mitgliederzahlen haben zugenommen, so zählt man gesamt-schweizerisch 18'800 Mitglieder. Im Thurgau sind es neu 579 Mitglieder, teilte Präsident Michael Schmid mit. Er wurde zusammen mit seinen vier Vorstandskollegen Irma Zwahlen (Vizepräsidentin),

Margrit Bitzer (Aktuarin), Werner Flückiger (Kassier) und Louis Okle (Materialwart) für die Amtsdauer 2012 bis 2015 einstimmig bestätigt.

Präsident Marcel Schmid liess das vergangene Clubjahr 2011 Revue passieren. Dabei erwähnte er neben dem Lottoabend und der Generalversammlung den Osterbrunch im Chiemburg, das Auffahrts- und Pfingsttreffen im Schwarzwald, den Grillabend in Schaffhausen, das Auscampen in Bad Ragaz sowie die Besichtigung der Autobahnpolizei Oberbüren und die Weihnachtsfeier in Pfyn.

Zum Auftakt des Jahresprogramms findet am 9. April ein Osterbrunch im Kiemberg, oberhalb Balterswil, statt. Am 28. April gibt es dann einen Anhängerfahrkurs im TCS-Center Winkeln.

Regelungen für die Sterbephase sind bindend

Palliative Care bietet Hilfe für Schwerkranken. Für die Sterbephase empfehlen Fachleute, klare Regelungen zu treffen.

RUDOLF KÄSER

HORN. Ab 1. Januar 2013 treten schweizerische Bestimmungen im Rahmen des Erwachsenenschutzrechtes in Kraft. Darin werden auch die Bereiche «Vorsorgeauftrag» und «Patientenverfügung» geregelt. Im Rahmen der ökumenischen Erwachsenenbildung in Horn wurde empfohlen, Regelungen im Hinblick auf das Sterben rechtzeitig anzugehen.

Für schmerzfreies Sterben

Marlies Näf-Hofmann, Rechtsanwältin und Kantonsrätin aus Arbon, war Initiatorin eines Palliative-Care-Dienstes im Thurgau. Sie verwies darauf, wie sehr schwere Krankheiten körperliche, soziale oder seelische Schmerzen bewirken können. Einen Erfolg des palliativen Dienstes hebt sie hervor: «Es gelingt bei mehr als 90 Prozent der Tumorkranken im fortgeschrittenen Stadium, schmerzfrei zu sein.» Im Kanton Thurgau hätten alle Menschen einen Rechtsanspruch auf palliative Betreuung.

Ethiker Andreas Näf erklärte, dass rund 80 Prozent der Menschen den Wunsch hegen, daheim bei ihren Angehörigen zu

sterben. Die Realität sehe anders aus. «40 Prozent sterben in Spitälern, 40 Prozent in Pflegeheimen und 20 Prozent zu Hause.» Vehement wandte er sich gegen aktive Sterbehilfe. «Mit Palliative Care sehen wir eine Chance, Organisationen wie Dignitas oder Exit zu begegnen», ergänzte Marlies Näf.

Mit dem Arzt sprechen

Der Arboner Notar Luzi Schmid betonte, dass ab 1. Januar 2013 Vorsorgeaufträge für die wirtschaftlichen Belange während der Sterbephase und Patientenverfügungen für die medizinischen Wünsche möglich sind. Wenn die formalen Erfordernisse erfüllt seien, wären beide Regelungen absolut bindend. Im Vorsorgeauftrag könnten auch Vertretungen geregelt werden, bei Patientenverfügungen könnte festgehalten werden, welche medizinischen Anwendungen gewünscht werden. Es könne aber auch verfügt werden, was mit den Kindern geschehen soll. Schmid empfiehlt urteilsfähigen Patienten, am besten mit dem Arzt zu sprechen. Die Verfügungen sollen nach heutigem Stand am Bürgerort eines Verfügenden deponiert werden. Der Bundesrat sei daran, eine Stelle für das Depositum der Patientenverfügungen zu schaffen.

Patientenverfügung im Internet erhältlich unter formular.tg.ch

Spitex: Bald regional statt kommunal

FRAUENFELD. Die heutigen Spitex-Vereine in den Gemeinden seien zu klein, um die immer komplexeren Aufgaben der spitalexternen Pflege zu erfüllen, warnt CVP-Kantonsrat Ulrich Müller (Weinfelden) in seiner Interpellation. Zum gleichen Schluss kommt jetzt der Regierungsrat in seiner Antwort – und stützt sich auf einen Bericht, den der Gemeindeverband und der Spitex-Verband Thurgau gemeinsam in Auftrag gaben (die TZ berichtete).

Danach ist das heutige System mit Spitex in den Gemeinden höchstens noch fünf Jahre lang aufrechtzuerhalten. Da die ambulante Pflege anspruchsvoller werde, Palliative Care und Übergangspflege hinzukommen und die Spitalaufenthalte kürzer werden, brauche es grössere und professionellere Spitex-Einheiten. Der Regierungsrat schliesst sich den Erkenntnissen des Berichts an, wonach die Spitex-Vereine regionale Zusammenschlüsse bevorzugen. Der Entscheid liege bei den Gemeinden. Der Kanton werde den Prozess hin zu Fusionen aber begleiten. (hal)

Diskussion über Mindestansätze im Stipendengesetz

FRAUENFELD. Weil der Kanton Thurgau vor knapp drei Jahren dem Stipendienkonkordat, einer interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, beigetreten ist, muss er sein Stipendengesetz anpassen. Im Grossen Rat war der Beitritt damals umstritten. In der vorbereitenden Kommission wurde intensiv über die Frage diskutiert, ob die Mindestansätze aus dem Konkordat ausreichend sind oder erhöht werden sollen. Ebenfalls diskutiert wurde die Erhöhung der Stipendien auf das sozialhilferechtliche Existenzminimum. Die Mehrheit der Kommission sprach sich aber dafür aus, nur die Mindestvorgaben des Stipendienkonkordats in der Gesetzesrevision zu verankern. (red.)

JOURNAL

Gemeinderat Lommis kann Land verkaufen

Der Regierungsrat hat die Teilrevision der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Lommis genehmigt. Mit dieser Änderung wird dem Gemeinderat die Kompetenz zum Verkauf von Bauland eingeräumt. (id)

Anzeige

Shorley...
natürlich erfrischend

Shorley – das natürliche Power Getränk aus 60% Schweizer Apfelsaft und 40% Passaguer – Mineralwasser. Der erfrischende Durstlöcher.

Mosterd MOHL AG
9320 Arbon | Tel. 071 474 40 74 | www.moehl.ch